



Antrag

der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl, Andreas Winhart**
und **Fraktion (AfD)**

Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt eine Anhörung zum Thema „Bessere Unterstützung bei ungeplanten und ungewollten Schwangerschaften – Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten“ durch.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Beratungsangebot gem. § 219 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) staatlich anerkannter Beratungsgestalten bei Schwangerschaftskonflikten in Bayern im Rahmen einer qualitativen Forschung zu evaluieren.

Begründung:

Am 14. September 2020 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland lag im 2. Quartal 2020 mit rund 25 100 gemeldeten Fällen um 2,8 Prozent höher als im 2. Quartal 2019.

70 Prozent der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 24 Jahre alt, 19 Prozent waren zwischen 35 und 39 Jahre. Acht Prozent der Frauen waren 40 Jahre und älter, drei Prozent waren jünger als 18 Jahre. Rund 41 Prozent der Frauen hatten vor dem Schwangerschaftsabbruch noch kein Kind zur Welt gebracht.

96 Prozent aller Abtreibungen fanden nach der Beratungsregelung statt. Eine medizinische Indikation oder ein Sexualdelikt war in den übrigen vier Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch. Besonders bestürzend ist, dass zwei Drittel aller Abtreibungen mit chemischen Präparaten erfolgt, welche die Frauen zu Hause einnehmen.

Anhand dieser Zahlen kann man klar erkennen, dass das Beratungsmodell, bei dem schwangere Frauen eine „ergebnisoffene“ Beratung durchlaufen, wenig dazu beiträgt, das ungeborene Leben effektiv zu schützen, wie auch die „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA) konstatierte.

Weiter erläuterte Comelia Kaminski, die Bundesvorsitzende der ALfA: „Wer angesichts der Zahlen immer noch davon spricht, die Gesetzeslage in Deutschland sei zu wenig liberal und nicht frauenfreundlich genug, handelt in Wahrheit frauenfeindlich. Frauen leiden an Abtreibungen, nehmen hohe gesundheitliche Risiken bis hin zum Tod durch Abtreibungspräparate in Kauf und Kinder sterben dabei. Als Gesellschaft sind wir gefordert, dieses Leid weitestgehend einzudämmen: bessere Beratung, mehr Hilfe, mehr Schutz des ungeborenen Lebens sind dringend vonnöten.“